

Berliner Tageblatt

Nr. 85

und Handels-Zeitung

Freitag, 19. Februar 1926

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unturbelung der deutschen Wirtschaft.

Jede Dr. Lüthers im Haushaltsausschuss.

Entscheidung auf normale Staats- und Wirtschaftsverhältnisse.
Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde heute der Vorschlag des Abg. Heimann (Soz.) in die allgemeine Sprache über die geistigen Regierungserklärungen eingetragen. Der Reichskanzler und Reichs-

finanzminister wohnten den Verhandlungen bei.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) befand sich vor, auf Einzelheiten der

früheren Finanzministerrede beim Ende der Reichsfinanzverabredung zu gehen. Der Ton der geistigen Ministerrede habe anders ge-
gangen als der seiner Rede im Plenum. Wenn tatsächlich der Reichs-

regierung überhaupt keine andere Wahl als auf den Boden zu stellen, daß wir den im Grunde gefundenen Teil der Wirtschaft mit allen Kräften wieder aufbauen müssen.

Unter den Vorzeichen der Wirtschaft müssen wir mit dem Glauben an die Entwicklung der Dinge die Arbeit aufnehmen. Damit

die Wirtschaft sich erholen kann, wollen wir ihr von den öffentlichen Kosten so viel wie möglich abnehmen. Die Vorrichtung dabei darf nicht so weit gehen, daß dadurch die Anteilnahme für die Wirtschaft beeinträchtigt werden. Ich gehe an die Sache mit der Vorstellung heran, daß die Erholung unserer Wirtschaft die Steuerentlastungsgesetze, die jetzt entstehen, kompen-
sieren wird. Das ist das Kernstück des Programms der Regierung, über das wir uns mit dem Reichstag verständigen wollen.

Es handelt sich nicht nur um Steuerentlastungen, sondern auch um den Entschluß, die Ausgaben des außerordentlichen Staats auf An-

leihen zu verzögern. Auch das ist ein Wagnis, das wir nur unternehmen, weil wir uns auf den Glauben an eine Erholung der Wirtschaft stützen. Wir wagen es, und wieder auf normale Staats- und Wirtschaftsverhältnisse einzustellen. Die

Wiederholung, daß das für die jetzige Verhältnisse kein Wirtschafts-

programm sei, kann ich nicht verstehen. Dazu kommt, daß wir in möglichen Umfangen versuchen, die Wirtschaft zu unterstützen. Wir

wollen das besonders tun, wo — wie bei der Eisenbahn — zwangs-

weise auferlegte, nicht wirtschaftliche, sondern politischen Gründer-

entnahmen die Hemmungen in beseitigen.

Die Preisentlastungsgesetz hat tatsächlich Erfolg gehabt. Sie hat

anfangs sehr darunter gelitten, daß vielfach im politischen Leben unsere Arbeit nach dieser Richtung als nicht ernst bezeichnet worden ist, daß man dem Publikum sagte, eine ernsthafte Preisentlastungssatzung komme gar nicht in Frage.

Der Kanzler nimmt Zahlen, die das ununterbrochene Vorwärts-

streiten der Preisentlastung seit dem vorigen Sommer darlegen,

schilderte die weitreichenden Maßnahmen, die gegen die Miß-
braüche des Kartellwesens ergriffen worden sind und weiter ergriffen werden, und ging schließlich noch auf die Bedeutung der gesamten Preisgebung des vorigen Sommers ein.

Er wies darauf hin, daß eine allmähliche Umstellung der Wirtschaft auf normale Verhältnisse überhaupt erst wieder möglich gewesen sei, nachdem die Regelung der Aufwertungsfrage

die gesuchte Grundlage gelegt worden und dadurch ein festes

Steuersystem wieder geschaffen worden sei. Der Kanzler legte

endlich dar, daß die Zahlungsgebung des vorigen Sommers, die

in ihrer Art durch die Sozialpolitikentwicklung im übrigen Europa

nötig geworden sei, überhaupt erst die Grundlage zum Ab-

schluß von Handelsverträgen gegeben habe, wobei es sich im Ziel

darum handele, neben der selbstverständlichen überaus wichtigen

Kräftigung des inneren Marktes durch möglichst leichten Waren-

austausch in Europa und der Welt das gesamte Wirtschaftsleben

zu fördern.

Reichskanzler Dr. Luther: Gegen die Regierung ist der Vor-

schlag der Preisentlastung erhoben worden. Das Programm der Re-
gierung wird aber ganz fest bestimmt durch die Überzeugung, daß

der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir eine grundfestsichere

Stellung zu unserer Stenopolitik eingenommen können

und müssen, als im Herbst 1923. Damals war das große Vor-

haben unserer Finanzpolitik: Rettung und Schutz der Währung

in einer Lage, in der wir nicht wußten, wie die öffentlichen Aus-

gaben ohne Gefährdung der Währung anders gedeckt werden könnten.

Wir wußten, wie zu jenen die Wirtschaft schwer treiben. Sollten an-

ceutern greifen. Erst die Einführung der Goldwährung, die aller-

dings auch jetzt noch nicht die freie Umtauschbarkeit umfasst

und das Einkommen ausländischer Anleihen konnte unserer

Wirtschaftspolitik allmählich andere Bahnen weisen. Sofort nach dem

Völkerbundserklärung Stresemanns.

Die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands.

Über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des

Reichstages, der heute vormittag die Frage der Völkerbundserklä-
rung behandelt, wurde folgender offizieller Bericht ausgegeben:

Reichsminister des Außenw. Dr. Stresemann berichtete über

den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Ver-
einbarung der Ratsfrage im Völkerbund beziehen. Hieran

schloß sich eine Aussprache. Abgelehnt wurde ein kommuni-

statischer Antrag, daß die Reichsregierung aufgefordert werden soll,

daß Eintrittsgegeln in den Völkerbund zurückzuziehen. Für

ein kommunistisches Antrag stimmten neue Mitglieder des Ausschusses.

Danach wurde durch den Vorsitzenden, Abg. Hergt (Deutschl. DP.)

festgestellt, daß — unbeschadet der grundsätzlichen Annahme des

jeweiligen Parteien zum Völkerbund — von sämtlichen Parteien des

Ausschusses, mit Ausnahme der Kommunisten und der Nationalso-

zialisten, die Aufsicht vertreten sei, daß das Gesetz Deutschlands

um die Aufnahme in den Völkerbund unter

der Voraussetzung gestellt werden ist, daß entsprechend den geplanten internationalen Verhandlungen und den

bei gegebenen Zugaben Deutschland bei der bevorstehenden Tagung

des Völkerbundes einen ständigen Sitz im Völkerbund erhalt,

ohne daß dabei eine weitere Aenderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt.

Wie wir weiter zu den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss

erfahren, wurden Personensachen wegen der Vertretung im

Völkerbund heute noch nicht erörtert.

Eingreifen der Gemischten Kommission?

Aus Anlaß der Deutschen-Verhaftungen in Ost-Oberschlesien.

Der Deutsche Reichs- und Staatsvertreter bei dem gemischten Kommission für Oberschlesien hat dem Präsidenten Calonder gegenüber die gegen den Deutschen Volksbund in Oberschlesien gerichteten Verhaftungen und Haftvorschriften sowie die durch die politische Presse in der deutschen Minderheit hervergerufene grobe Beunruhigung zur Sprache gebracht. Der

Abschluß des Londoner Absommens hat ein planmäßiger Ab-
bau der Umlaufsteuer von damals 2½ Prozent begonnen, der
bisher in drei Stufen erfolgt ist. Nochmals ist nicht nur die Währung
gesichert ist und Auslandsscheine hineingeflossen sind, son-
dern auch der große Prozeß der Reinigung der Wirtschaft von
künstlichen Erfüllungen weit vorgeschritten ist (nicht ohne schwere
und schmerzhafte Opfer), muß jetzt an Stelle der Währung als
Vorzeichen unserer Politik die Wirtschaft treten.

Das ist aber kein Abbrechen, sondern nur eine Fortsetzung
der bisherigen Linie, angepaßt den besondern Verhältnissen, unter
denen wir jetzt leben. Es gibt jetzt nach Ansicht der Reichs-
regierung überhaupt keine andere Wahl als auf den Boden zu stellen, daß wir den im Grunde gefundenen Teil der Wirtschaft mit allen Kräften wieder aufbauen müssen.

Unter den Vorzeichen der Wirtschaft müssen wir mit dem Glauben an die Entwicklung der Dinge die Arbeit aufnehmen. Damit
die Wirtschaft sich erholen kann, wollen wir ihr von den öffentlichen Kosten so viel wie möglich abnehmen. Die Vorrichtung dabei darf nicht so weit gehen, daß dadurch die Anteilnahme für die Wirtschaft beeinträchtigt werden. Ich gehe an die Sache mit der Vorstellung heran, daß die Erholung unserer Wirtschaft die Steuerentlastungsgesetze, die jetzt entstehen, kompen-
sieren wird. Das ist das Kernstück des Programms der Regierung, über das wir uns mit dem Reichstag verständigen wollen.

Es handelt sich nicht nur um Steuerentlastungen, sondern auch um den Entschluß, die Ausgaben des außerordentlichen Staats auf An-
leihen zu verzögern. Auch das ist ein Wagnis, das wir nur unternehmen, weil wir uns auf den Glauben an eine Erholung der Wirtschaft stützen. Wir wagen es, und wieder auf normale Staats- und Wirtschaftsverhältnisse einzustellen. Die
Wiederholung, daß das für die jetzige Verhältnisse kein Wirtschafts-
programm sei, kann ich nicht verstehen. Dazu kommt, daß wir in möglichen Umfangen versuchen, die Wirtschaft zu unterstützen. Wir
werden das besonders tun, wo — wie bei der Eisenbahn — zwangs-
weise auferlegt, nicht wirtschaftliche, sondern politischen Gründer-
entnahmen die Hemmungen in beseitigen.

Die Preisentlastungsgesetz hat tatsächlich Erfolg gehabt. Sie hat

anfangs sehr darunter gelitten, daß vielfach im politischen Leben unsere Arbeit nach dieser Richtung als nicht ernst bezeichnet worden ist, daß man dem Publikum sagte, eine ernsthafte Preisentlastungssatzung komme gar nicht in Frage.

Der Kanzler nimmt Zahlen, die das ununterbrochene Vorwärts-

streiten der Preisentlastung seit dem vorigen Sommer darlegen,

schilderte die weitreichenden Maßnahmen, die gegen die Miß-
braüche des Kartellwesens ergriffen worden sind und weiter ergriffen werden, und ging schließlich noch auf die Bedeutung der gesamten Preisgebung des vorigen Sommers ein.

Er wies darauf hin, daß eine allmähliche Umstellung der Wirtschaft auf normale Verhältnisse überhaupt erst wieder möglich gewesen sei, nachdem die Regelung der Aufwertungsfrage

die gesuchte Grundlage gelegt worden und dadurch ein festes

Steuersystem wieder geschaffen worden sei. Der Kanzler legte

endlich dar, daß die Zahlungsgebung des vorigen Sommers, die

in ihrer Art durch die Sozialpolitikentwicklung im übrigen Europa

nötig geworden sei, überhaupt erst die Grundlage zum Ab-

schluß von Handelsverträgen gegeben habe, wobei es sich im Ziel

darum handelt, neben der selbstverständlichen überaus wichtigen

Kräftigung des inneren Marktes durch möglichst leichten Waren-

austausch in Europa und der Welt das gesamte Wirtschaftsleben

zu fördern.

Reichskanzler Dr. Luther: Gegen die Regierung ist der Vor-

schlag der Preisentlastung erhoben worden. Das Programm der Re-
gierung wird aber ganz fest bestimmt durch die Überzeugung, daß

der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir eine grundfestsichere

Stellung zu unserer Stenopolitik eingenommen können

und müssen, als im Herbst 1923. Damals war das große Vor-

haben unserer Finanzpolitik: Rettung und Schutz der Währung

in einer Lage, in der wir nicht wußten, wie die öffentlichen Aus-

gaben ohne Gefährdung der Währung anders gedeckt werden könnten.

Wir wußten, wie zu jenen die Wirtschaft schwer treiben. Sollten an-

ceutern greifen. Erst die Einführung der Goldwährung, die aller-

dings auch jetzt noch nicht die freie Umtauschbarkeit umfasst

und das Einkommen ausländischer Anleihen konnte unserer

Wirtschaftspolitik allmählich andere Bahnen weisen. Sofort nach dem

Un den deutschen Adel.

Von Adam v. Motke.

[Nachdruck verboten.]

Der Verfasser des hier folgenden Artikels ist ein Sohn des früheren Generalstabchefs Hellsmuth v. Motke. Die Redaktion.

Rheinbaben hat im Verlag Georg Stille (Berlin) ein Buch erscheinen lassen, das den Titel „An den deutschen Adel, politische Betrachtungen zur Zeitgeschichte“ trägt und schon neulich in einem Montagsartikel des „Berliner Tageblatts“ erwähnt wurde. Rheinbaben hat mit diesem Buch ein gewagtes, aber mutiges Werk gebracht, daß ihm sicherlich von einem großen Teil seiner Standesgenossen verachtet wird. Er stellt sich ganz auf den Standpunkt der strengmännischen Politik, gegen die Politik der deutschnationalen und völkischen Kreise, denen der größte Teil des deutschen Adels angehört. Mag man politisch auf diesem oder jenem Standpunkt stehen — alle, die mit einem adligen Namen die Tradition einer ruhmvollen Geschichte tragen, sollten es freudig begrüßen, daß einer aus ihrer Mitte aufsteht, um sie aus dem schwärmigen Hass an der überlieferter Form zu praktischer Denken und Handeln aufzurüsten. Mit kräftigen, für viele als kühne sprühen will Rheinbaben den Adel aus der lethargie einer für immer verhärteten Gewohnheitsanschauung für die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft lebendig machen. „Stellt euch nicht groß und befechtet nicht immer sehnsüchtig nach einer unverderblich vergangenen Zeit, sondern stellt euch in die Gegenwart, wie sie ist!“

Die Geschichte geht stufenweise vorwärts, und der Schritt zur nächsten Stufe kann nur von der aus erfolgen, auf der wir stehen, und nicht von einer, auf der wir gestiegen sind. Das Unglück der politischen Zentrifugalität, an der wir Deutschen von jeher gelitten haben und auch heute leiden, liegt zum großen Teile daran, daß wir uns gegenseitig nicht kennen und nicht kennen lernen wollen. Wir sind noch zu sehr befestigt mit der ganzen Fülle der Vorurteile, welche die Menschengruppen voneinander trennen, und sind zu leicht geneigt, eine andere Weltanschauung, sei es auf politisch-religiösem oder gesellschaftlichem Gebiet, mit dem grundlegenden Charakter eigenen Geschäft, die für den Verkehr unter gebildeten Menschen einzige maßgebende sein sollten, zu verwechseln. Gewiß soll man für seine Überzeugung einsteigen und eventuell kämpfen, doch, wie überall kommt es auch hier auf das Wie an. Ist es würdig, einem anderen die Ehre streitig zu machen, ohne ihn zu kennen, nur weil er eine andere Auffassung von Welt oder Gesellschaft hat? Ist es für einen Menschen, der das Recht der Bildung und Anerkennung für sich in Anspruch nimmt, würdig, einen anderen lediglich deshalb als nicht gleichwertig zu betrachten, weil er Demokrat oder Sozialdemokrat ist, oder weil er Jude ist? Wie oft kommt man erleben, daß diese oder jene Standesgenossen aus reiner Unkenntnis heraus in ehrerblickender Weise von einem Manne sprachen, der mit Leben und Liebe, voll und ganz dem Vaterlande, gemäß seiner Weltanschauung, diente. Nachdem er ihnen gelernt hatte, mußte er eingestehen, daß er sein vorliebiges Urteil korrigiert habe. Wir müssen uns frei machen von der Diktatur der Gruppenauffassung und uns endlich zu dem entwickeln, was den Menschen erhöht, zum Ego mit eigenem Urteil und eigenem Willen. Die ersten Qualitäten hierzu sollten dem Adel innewohnen, der mit seinen edlen Traditionen das Gefühl für Wahrheit, Mut und vornehme Erziehung am stärksten entwickelt haben müste.

Die Geschichte zum Stillstand zu bringen, wird dem Adel nicht gelingen, wenn er sich auch mit aller Kraft an ihre fortleidenden Räder hängt. Rheinbaben ruft den Adel auf, die lebendigen Werte seiner Tradition der Volksgemeinschaft unter den Bedingungen der Gegenwart mitarbeitend zur Verfügung zu stellen. Haben wir nicht ein ehrenwürdiges Beispiel hierfür in dem greisen Feldmarschall v. Hindenburg? Gibt es einen treueren, edleren Charakter? Wer wird es wagen, die reine Gesinnung dieses Mannes anzuzweifeln, der seinem Kaiser und König bis zum letzten Augenblick diente, und der jetzt mit gleicher Treue seinem Volke dient? Seine Vaterlandsliebe ist zu hoch und wahr, als daß sie durch den Wechsel der Form verschütten würde.

Gewiß ist es verständlich, daß für den Adel das Gehlen des Herrschers ein schmerzlicher Verlust ist, aber gerade die Vaterlandsliebe, die Liebe zum Volk, dessen Glieder wir ja alle sind, muß in der Gegenwart und für die Zukunft wirken. Die Regierungsform darf hierbei keine ausschlaggebende Rolle spielen. Regierungsformen haben immer gewechselt und werden immer wechseln. Das ewige Reich hat es auf Erden nie gegeben, und das ist gut, denn die Bewegungsfreiheit müßte jede Entwicklung eründern. Treue und Dank für die Taten der Geschichte brauchen darunter nicht zu leiden; und in den Nachkommen des Herrscherhauses die Vertreter dieses Amtens zu ehren, ist für den Adel eine Pflicht des Anstandes. Die Aufgaben, die das deutsche Volk aber in der Weltentwicklung zu erfüllen hat, stehen viel zu hoch, als daß man sie mit bloßen Formfragen behindern dürfte, und, so parat er flingen mag, vielleicht sind Niedergänge und Leiden notwendig gewesen, um Deutschland zum Schriftsteller neuer Kultur- und Staatswege zu machen, die in den Verstärkungserscheinungen unserer Zeit erst umfassend zu sehen sind.

Rheinbaben weist in seinem Buch darauf hin, wie die Geistesherren aus dem Kreise des Adels, die dem Vaterlande

Washington, 19. Februar.
Das Staatsdepartement erhielt die Nachricht, daß 81 amerikanische Lutherkirche und sahlischische Missionare mit ihren Familien in Sinjung in Honan von Truppen der sich belämmenden Parteigänger belagert werden. Das Konsulat der Vereinigten Staaten hat bereits Hilfe entsandt. Der Missionar Nelson aus Minneapolis ist bereits von chinesischen Truppen getötet worden.

London, 19. Februar.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Peking: Das chinesische Auswärtige Amt erklärt, daß die Indochina berührenden Verträge zwischen Frankreich und Japan nicht anerkannt werden. Diese Aktion wirkt die Frage auf, inwieweit die vorliegende chinesische Regierung am Zolle Chinas vertreten als die Provinz Peking.

durch ihre Kraft den Weg zu Ruhm und Blüte gewiesen haben, oft einen erbitterten Kampf gegen den formalconservativen Geist ihrer Standesgenossen auszufechten hatten, und in ihrer Wirklichkeit von ihnen geheumt wurden. Es steht nur die Namen Stein, Radovits, Bismarck und Noor erwähnt. Ein gesunder Konservativismus muß bestehen, aber keiner, der sich damit begnügt, überlebte Formen in alle Ewigkeit zu erhalten — sonst wird er zur Konserve —, sondern einer, der die wechselseitigen Methoden der fortschreitenden Zeit mit den Qualitäten der altehrwürdigen Tradition durchsetzt.

In interessanten, kurzgefassten Betrachtungen führt uns Heinbecker durch die politischen Etappen, die wir auf dem Wege von Versailles bis Locarno gehen mußten, und deutet die Reime an, die in die Zukunft wachsen sollen.

Ohne einem weidlichen Pazifismus zu huldigen, soll man dahin streben, dem Frieden zu dienen, denn eine Entwicklung ist nur im Frieden, nie im Kriege möglich. So geht auch die sichtbare Geschichte dahin, die in sich befindeten Gebiete zu erweitern. Befämpft werden sich früher die Städte, dann die kleinen Staaten, so können sich heute nur noch die Großstaaten untereinander bekriegen, und das Streben geht dahin, zu einem europäischen Staatenbunde zu kommen, bei dem es ebenso unmöglich ist, daß sich seine Glieder untereinander bekämpfen, wie es heute unmöglich ist, daß Bayern mit Preußen oder Neapel mit Sardinien krieg führt. Das Zeitalter des Nationalismus ist zwar noch nicht vorüber, im Gegenteil, es greift mit mächtiger Faust von Europa aus selbst an die Herzen der Kolonien und rüttelt sie zum nationalen Fühlen auf, und doch besteht schon lange das Streben zum Übernationalismus, der den Kontinent umfassen will. Napoleon hat dies schon angestrebt, allerdings mit Mitteln, die der Gewalt entnommen waren, und zu einer Zeit, die für diesen Gedanken noch nicht reif war. Aus den unmöglichsten Grenzen, die nach verschiedensten Gesichtspunkten den zerstreuten europäischen Kontinent durchziehen, und aus den heraus resultierenden Reibereien voller Hass und Argwohn, geht schon hervor, daß die sogenannten einheitlichen Staatsgrenzen nicht allen Erfordernissen gerecht werden können, und daß in der Staatsaufbausprache Wandelungen nach politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten eintreten müssen. Wie man seinerzeit die Zollschranken und Grenzwälle zwischen den Kleinstaaten fallenlassen mußte, weil ihre Verdrängungen unerträglich geworden waren, so wird man, vor allem auch durch den Fortschritt der Verkehrsmitte und des Verkehrstempes gezwungen, dazu übergehen müssen, unter Wahrung der nationalen Kulturschiede, die Schranken der Staatsgrenzen in der jüngsten Form zu zerstören. Daß der Völkerbund, wie er sich heute zusammenstellt, als ein Siegerbund zur Realisierung des Versailler Diktats, hierfür nicht das gegebene Organ ist, das ist selbst über die deutschen Grenzen hinaus vielen bewußt. Daß es aber andererseits zu einer überstaatlichen Organisation kommen wird, der sich die Staaten ebenso unterordnen werden, wie es heute die Länder unter das Reich tun, ist auch meiner Meinung nach in der Zukunft eine unausweichliche Notwendigkeit. Bis dies aber erreicht sein wird, ist noch ein weiter Weg voller Schwierigkeiten und Hindernisse, die aus den Leidenschaften eines überspannten, imperialistischen Nationalismus stammen, zu überwinden. Die Haltung Italiens unter Mussolini ist ein treffendes Beispiel hierfür.

Den Schlusssatz von Heinbecker's Buch „An den deutschen Adel“ schließe ich mich von ganzem Herzen an: „Großes schaffende Ideen sind noch immer stärker gewesen, als eine rückwärtsschauende Opposition. Erkennt der Adel nicht, daß er den Pflichten der Gegenwart sich selbst und seiner Vergangenheit gegenüber nun gerecht werden kann, wenn er die Gedanken und Forderungen der Zukunft erfährt und sich zu ihrem Träger macht, so wird die Zeit über ihn hinweggehen und die Geschichte in ihm nichts anderes sehen können, als einen Hemmischuh in der Entwicklung des deutschen Volkes. Wer die Wege, welche die deutsche Politik eingeschlagen hat, nicht beschreiten mag, der halte sich nicht bei unfruchtbaren Kritik auf, sondern weise bessere Wege zu einer glücklicheren

Zukunft. Doch nur der Rat hat Wert, dem die Tat folgen könnte.“

Der Irafvertrag vom Unterhaus angenommen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ London, 19. Februar.

Der Kolonialminister Amerik eröffnete gestern abend im Unterhause die Irafdebatte, indem er das Parlament aufforderte, den mit dem Iraf abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und damit die Entscheidung des Völkerbundsrates in dem Irakgrenzstreit endgültig anzunehmen. Der Premierminister, so führte Amerik aus, habe bereits früher dem Unterhause bewiesen, daß es sich bei Annahme dieses neuen Vertrages keineswegs um eine Absehr von der bisherigen Politik handle, oder daß neue Verpflichtungen von dem Unterhause übernommen werden sollten. Amerik sah sodann auf den Abänderungsvorschlag der Opposition zu streben und erklärte, dieser bediente nicht nur die Erhaltung der Regierungspolitik, sondern auch der ihrer Vorgänger (Arbeiterpartei). Eine Ablehnung des Vertrages durch das Parlament würde nicht eine Zurückweisung der Völkerbundsentcheidung bedeuten, sondern auch die zukünftige Existenz des Iraf damit in Frage stellen. Das würde England in den Augen des Völkerbundes lächerlich machen und verschämungswürdig in den Augen der Türken und der Krebsbewohner, und würde schließlich auch noch die Aufgabe des Schutzes der syrischen Christen bedeuten.

Ramsey MacDonald, der für die Opposition das Wort ergriff, wandte sich direkt an Amerik und sagte, er wisse doch sehr wohl, daß, wenn es im Iraf zu einem Aufstande oder mit einem der Nachbarn zu einem Kriege kommt, solche seien sich sofort in ganz England der Schrei erheben würde, daß ein so großes Volk wie das englische seinen Verpflichtungen nachkommen müsse, und daß also infolgedessen ein praktisch die Wirkung dieselbe sei, als wenn England den Iraf befehlt hätte.

Am Schluß der Debatte ergriff Chamberlain das Wort, um auf die Einwände MacDonalts zu antworten. Den Schluß seiner Rede bildeten optimistische Aussichten über die zukünftige Entwicklung des Irakgastes. Es lage kein Grund vor, anzunehmen, daß die Türkei diese Entscheidung nicht annähme werde, zumal sie bereits versprochen habe, es zu tun. Es sei bereits zwischen dem türkischen Gesandten in London und dem englischen Gesandten in der Türkei Verhandlungen über noch ausstehende Fragen im Gange, die den aufrichtigen Wunsch beider Parteien nach einem freundlichen Vereinbarung bewiesen. Was das englische Interesse an dem Irakgaste anbelte, so könne er mitteilen, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr daran interessiert sei als ihre Vorgänger. Noch im vorigen Jahre habe die englische Regierung die Anregung der Türkei abgelehnt, das gesamte Petroleumgebiet zur Ausbeutung zu nehmen und dafür den Turkei das Monopolrecht zu überlassen.

Mit 216 gegen 115 Stimmen wurde dann der neue Irafvertrag angenommen, und damit wurde der Zuschaufalltag der Arbeiterpartei, der sich gegen jede Verlängerung des Vertrages aussprach und dafür die Regierung aufstand, seine Anstrengungen zu scheuen, um die Aufführung des Irakgastes in den Völkerbund durchzusehen, abgelehnt. Es ist außfallend bei dieser Abstimmung, daß eine so verhältnismäßig kleine Zahl von Abgeordneten gegen die Ratifizierung des Vertrages stimmt, und daß also trotz des energischen Kampfes der Millionenblätter der Rotermere- und Beaverbrook-Presse gegen jede neue Verpflichtung Englands im Iraf nur die Arbeiterpartei gegen die Ratifizierung stimmt. Die Debatte konnte schließend kaum interessant werden, da bereits in den vergangenen Monaten alles festgestellt ist, was zu sagen war.

London, 19. Februar. (W. T. B.)

Reuter berichtet aus Konstantinopel: Ueber die Bevorschungen zwischen dem Oberkommissar in Syrien de Jouenel und der türkischen Regierung in Ankara ist offiziell nichts mitgeteilt worden, von der latonischen Versicherung abgesehen, daß alles gut gehe.

Einem türkischen Blatt zufolge, ist eine Vereinbarung über die Hauptpunkte erzielt worden. Die Türken sollen die Eisenbahnlinie von Pesch und einige benachbarte Dörfer sowie Dörfer in der Nachbarschaft von Silissi erhalten, die von dieser Station abhängt sind, bisher jedoch durch die vorläufige Grenze von ihr getrennt gewesen waren.

Arrest auf das Gothaer Herzogsvermögen.
Der verschwundene Silberschatz. — Immer noch Adelspräsidial gegen Bezahlung.
(Telegramm unseres Korrespondenten)

△ Weimar, 19. Februar.

Mit dem Gothaer Silberschatz beschäftigte sich gestern das thüringische Landtag bei der Beantwortung einer kommunalpolitischen Anfrage. Ein kommunistischer Redner rügte die Auslieferung des gesammelten Vermögens an den ehemaligen Herzog alsbald nach Beauftragung des viel umstrittenen Reichsgerichtsurteils. Die Regierung habe nicht einmal Vermögensverzeichnisse aufgestellt. So seien der wertvolle Silberschatz und andere Kunstsachen bereits zum großen Teil aus dem Schloß Friedenstein verschwunden. Finanzminister Dr. v. Alschner verteidigte die Ausführungen im Reichsgericht des Reichsgerichts gegenüber sozialdemokratischen und kommunistischen Angriffen, die ihm unterstellt, dort nicht die Interessen des Landes, sondern diejenigen der ehemaligen Fürsten wahrgenommen zu haben. Der Minister betonte, daß Thüringen ausdrücklich für einen Schiedsgerichtshof eingetreten sei, der nicht gebunden sein darf an das Strafrecht, sondern nur unterstellt kann nach Billigkeit und Rechtmäßigkeit. Es sei auch richtig, daß ein Teil des Gothaer Silbers bereits aus Thüringen weggeschafft sei. Auf Anfrage sei der Regierung von der Vermögensverwaltung des Herzogs mitgeteilt worden, man habe das Silber nur nach Coburg haben wollen, um nachzuholen! Die Ermittlungen seien aber noch nicht abgeschlossen und von ihrem Ergebnis hänge es ab, ob von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch zu machen sei, zur Sicherung des Interesses des Landes einen Pfleger für die Verwaltung des Gothaer Herzogsvermögens einzustellen. Die Kommunisten wiesen darauf hin, daß der Herzog noch nach seiner Abdankung in zwei Fällen das Adelspräsidial gegen Zahlung von je 40000 Mark und noch in den letzten Jahren Orden verliehen habe. Der Finanzminister erklärte, der Regierung sei von diesen Dingen amtlich nicht bekannt geworden; im übrigen sei auch gleichzeitig, ob und inwieweit der frühere Herzog noch seine Haussorden verleihe. Abgeordneter Fröhlich (Soz.) machte die vom Finanzminister mit schwächer innerer Ewigkeit und Kostümblatt beantwortete Feststellung, daß der Reichstagsschöpfer Dr. Everling nach vorgerückt ausdrücklich erklärt habe, der Finanzminister v. Alschner habe selbst die Ratifizierung des Vertrages mit dem Altenburger Herzog, dessen Rechtsvertreter bekanntlich Dr. Everling war, ausgegabt. Auch der Abgeordnete Professor Dr. Grüger (Dem.) machte dem Finanzminister den Vorwurf, daß er in der Friedensabfindungsfrage eine Stellung eingenommen habe, die sich mit den Interessen des Landes nicht vollvereinbare. Schließlich wurde ein von den Sozialdemokraten eingeführter Antrag, auf das Gothaer Herzogsvermögen Arrest zu legen, dem Ausschuß überwiesen.

Das Strafversfahren gegen Ildor Kreil.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

△ Augsburg, 19. Februar.

Der wegen Anerkennung des Meineids im Magdeburger Prozeß, von der Augsburger Staatsanwaltschaft stiefelbrieflich gesuchte Ildor Kreil, der fürstlich in Heilbronn (Württemberg) verhaftet und nach Augsburg gebracht worden war, wird sich nunmehr am 3. März vor dem erweiterten Augsburger Schöffengericht zu verantworten haben. Zu dem aufschwingernden Prozeß, der voräusprüchlich drei Tage in Aufschub nehmen wird, sind ungefähr hundert Zeugen geladen. Kreil hatte sich bekanntlich dem Verteidiger des wegen Beleidigung des Reichspräsidenten angeklagten Rektors Rothart als Zeuge für den angeblichen Landesverrat Everling angeboten.

Sie ist aber eine so routinierte Sängerin und weiß ihre Szenen mit dem Jesuiten und Dimitri darstellerisch so packend zu gestalten, daß man fast vergißt, daß sie die musikalisch schwächeren sind und einen Aufzug älterer Operndramen geben. Théodore Scheids repräsentiert den Godunow impostant und singt ihn mit großer Vornehmheit; schauspielerisch reicht er in dieser Macheth-Molle an die eindrucksvolle Leistung Schlesendorfs nicht heran. Jaro Dvorak als Dimitri beginn hervorragend gut, reichte dann aber im Duett des zweiten Aktes stimmlich nicht ganz aus. Von den übrigen ist Karl Braun ein klar artikulierender Chronit, Marcel Ros als gut charakterisierender Schufti, Max Pilzer als Jesuit, Otto Helgers als Bettelmönch, Frau v. Scheele-Müller als Amme und Genia Guszalewicz in der Knabentrolle des Jarowitsch zu nennen. Grete Mandl (Wittin) übertrifft im Spiel, und Eva Goldbach (Xenia) ließ es zu sehr an stetiger Drehung fehlen.

Der Beifall rief alle an der Aufführung Beteiligten oftmals an die Klappe. Trotz Ungleichwertigkeit und musikalischer Stilverschiedenheit der Szenen und trotz seiner Lungen und der für deutsche Ohren unvermeidlichen Monotonie seines nationalen Akzents scheint „Doris Godunow“ für das heutige Publikum eine (durch die Verhältnisse der zeitgenössischen Produktion erklärliche) Anziehungskraft zu besitzen. So wird er sich wohl vorläufig auf dem Spielplan der Staatsoper erhalten.

Chaplins „Goldrausch“.

Capitol.

Auf einem schmalen Weg hoch im Schneegebirge von Alassa, über einer unermesslichen Tiefe, erscheint stolpernd, ausgleitend, balancierend der friedetige Charlie Chaplin, zivilisiert mit steinem Hut, mit dem Schnurrbart, mit dem Stockchen. Wie er sich vorwärts bewegt, verfolgt ihn unablässig ein riesiger, dunkler Bär. Chaplin merkt etwas, sieht sich um, doch inzwischen ist der Bär des Schicksals in einer Höhle verschwunden. Dies die Eingangsbilder zu dem tragisch-poetenhaften Filmwerk „Goldrausch“, an dem nichts so tragisch ist wie die Posenhaftigkeit, und dessen harmonisches Ende nicht mehr ist als eine Ironie des Schicksals. Wenn auch zumeist durch komische Umstände gemildert, manchmal auch durch sie noch verhüllt, sind die Hauptinhalte: Schneefürste, Hungerqualen, Angst vor der Bäfe, dem Mefest, dem Welt des Nachts; Verlust des Erinnerungsvermögens, ungünstige Liebe, vergleichloses Warten, gänzlich vereitete Begegnungen, Prügel, Verpotzung, Trennung — bis zum furchterlichen Hängen und Rutschen einer Hütte am Abgrund. Danach gefällt es dem Schicksal, die Sonne scheinen zu lassen. Was man vergeblich ersehnte, was man umwarb, was man verlor, am Schluß stellt es sich aufzügig ein: Glück und Gedächtnis und Liebe.

Um in allem ist Charlie Chaplin inaktivier als früher, leidvoller. Nicht mehr der David, der den Goliath besiegt, sondern die einzelne Seele, die nach grenzenlosem Unglück märchenhaft beschönigt wird. Doch sein Leid, sein Suchen ist nicht stumm ertragen auf bunten Schiffsdecken; es spielen umgekehrt die Dämonen der Bereitstellung und des Mordes. Das Ganze ist ein düsteres Gesicht mit einem märchenhaft guten Schluss. Als ob die Dämonen zur Exhibition ihrer Macht launenhaft einen Sterblichen glücklich machen.

Das bedeutende Werk (dem ein irischer Tanz und ein trivialer Gedicht vorausgingen) sond mit Recht eine begeisterte Aufnahme.

Ernst Bress.

* Berliner Theaterchronik. Das Intime Theater bereitet das Schauspiel „Der Unterkahn“ von Ernst Wittlinger mit Wolfgang Götze in der Hauptrolle vor.

* Boxtraining im Theater. Auf dem Kostümfest des Deutschen Theaters, Berlin, in 20 Jahren, am Sonnabend, 20. Februar, wird Gabriele Mahler mit Franz Diener auftreten, und zeigen, wie er einen Schülung für den Kampf mit Paolino vorbereitet hat.

Einigung über die Erwerbslosenfrage.

Das Kompromiß der Regierungsparteien.

Es ist gestern gelungen, in der Frage der Erwerbslosenversicherung zu einer Einigung zu gelangen und damit vierzehn Möglichkeiten zu beseitigen, die sich in Konsequenz des nationalen Zwischenfalls im Haushaltungsausschuß des Reichstags abspielen konnten. Dr. Luther hatte gegen die von den Deutschen verlangte Verlängerung Einspruch erhoben, weil er hoffte, daß man sich im Ausschuß bei der Erörterung der Schlüsse des sozialpolitischen Ausschusses in der Erwerbslosenfrage festlegen würde, während die Regierung den Punkt vertrat, daß ihr Wirtschaftsprogramm ein wertbares Gange darstellt und durch Sonderbehandlung eines oder des anderen Problems beeinträchtigt werde. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Feststellung nun jedoch dahin aufgefaßt, daß die Regierung sich überhaupt gegen die Errichtung der Unterstützungsäste ausspreche und darin den bürgerlichen Parteien untersetzt würde. Dass also einer der wichtigsten Fragen des Tages eine bürgerliche Wehrfront gegen die Arbeiterschaft in Erscheinung treten werde. Als nach dem Zwischenfall weiter verhandelt wurde, bestierte deshalb der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. K. sehr lebhaft gegen jede Abänderung der Beschlüsse sozialpolitischer Ausschüsse. Dieser Ausschuß lag vor, die Sache für die verherrlichten, wie ledigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 vom Hundert, für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 5. v. H. zu erhöhen. Dazu lag nun ein Zentrumsantrag vor, wonach die Bestimmung hinzugefügt werden sollte, daß Unterstützung 75 v. H. des vor Eintritt des Arbeitsverlustes tatsächlich vereinbarten Lohnes nicht übersteigen dürfe. Darauf meinte, die Sozialdemokratie sei nur notgedrungen auf den Boden der Ausschlußbeschlüsse getreten, und der Antrag erachte eine erhebliche Verschlechterung und werde überdrüssig einer unerträglichen Schmiede nach den früheren Lohnabschlägen führen. Das Kompromiß der Regierungsparteien bedeutet nun in diesem wie in anderen Punkten eine zweifelhafte Verbesserung.

Während die „Rot-Fahne“ unter der Überschrift: „Keinen Einzug für die Erwerbslosen“ die Einigungssformel in der stolzen Weise behauptet, und das Wirtschaftsprogramm der Regierung eine „provokatorische Kampfansage“ nennt, die im eindeutigen Vorgehen der Sozialdemokratie und der Geschäftsführer mit der Kommunistischen Partei entsprechend beschwore werden müsse, nimmt der „Vorwärts“ in sachlicher Stellung. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei hebt zunächst hervor, daß die Regierung die Notwendigkeit einer Erhöhung anerkannt habe und vor allem auch gewünscht werden sei, in der Frage der Arbeiterfürsorge die Forderungen des sozialpolitischen Ausschusses zu übernehmen. Die vorgeschlagene Erhöhung entspreche zwar nicht in vollem Umfang den sozialdemokratischen Forderungen, sie bedeute aber bei der herrschenden sozialen Not eine Linderung.

Heute vormittag sind im Haushaltungsausschuß die Anträge der Regierungsparteien zur Erwerbslosenfürsorge angenommen worden. Außer den Kommunisten haben die sozialdemokraten dagegen gestimmt. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Behauptung des sozialdemokratischen Abgeordneten aufzuhören, der Antrag der Regierungsparteien bedeute eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses nicht berechtigt ist. Die Zentrumsfrau Läusch erklärt, daß der Antrag der Regierungsparteien einem früheren Antrag des Zentrums tatsächlich entspreche, und stellt fest, daß diesem früheren Antrag auch die Sozialdemokraten zugestimmt hätten. Die Sozialdemokraten haben trotzdem angefordert, daß sie sich für das Plenum alles weitere vorbehalten.

K. A. Schenzinger: „††.“

Junge Generation. (Trianontheater.)

I.

Überraschung! Das ist ja noch, noch schlechter! Wer hätte dies gedacht?

Die Vorstadt in Ehren: aber das war zu viel. Der Schnierenkreis in Ehren: aber so stark wird er nicht verlangt.

Ungewöhnlicher als bleibt willkommen auf diesem Stern. Doch seit dem Theaterdirektor Johann Lünke aus Doborn bei Bremen über die Welt zog, gab es das nicht.

Ist man gesandt, es zu kritisieren?

II.

Dies hat mit einer „Jungen Generation“ so gar nichts zu tun, wie „Baal“ mit einer „Jungen Bühne“. Das bleibt sicher. Doch man muß es kennen! — nicht mit Phrasengeschick ungeschickt weglassen. Offenheit! Offenheit!!! Unter den Theaternächten dieses Winters war das die wonnevollste.

III.

Wie kommt sowas zu Rand? Wie sieht sich's ins Werk?

Ich wette, wette, wette, daß der Autor, ein halbamerikaner, gezaubert hat auf Deutel komm raus. Bei der „Jungen Bühne“ zählt man für Schauspielerinnen, daß sie auftreten dürfen; hier für Süde, daß sie gespielt werden. Die Endfrage heißt: Wie hoch ist der Betrag?

Das kommt vor — in Epochen des Theaters, wofür die menschliche Wirtschaftskrise dräuender Hindernissprospekt ist.

(In einer unbeschreibbaren Zeit leben wir.)

IV.

Pötzlich wurde derart Schenzinger eine junge Generation. Nachdem der Gespenster-Johann, nachdem der Franzose Brieux, nachdem der Ungar Feleki, nachdem der Tiroler Schönherz elische Schatten einer Erkrankung ohne Ehrlisch-Höhe dramatisch: nachdem erzählt Karl-Alons Schenzinger, man gewähre ihm die Bitte, eine junge Bühne zu sein. O mein Sché!

Das geschieht in einem edlen Satzeton. Mit kurzen Bildern. Mit Gift im Tee. Mit so recht falscher Härte. „Räumt's die Leichen weg, sie stören es' nur die Posaen!“ findet Holofernes Nestroh.

V.

Daß Oberman ganz ein leichtsinniger Hund ist, wußte man. Daß er starkes Regentalent hat, ebenso. Daß er die Vorstellungen aus dem Armel schüttelt, gleichfalls. Daß er wahnsinnig aufpaßt, schreubert, Leben in die Ecke bringt, erst recht.

Der erleichterte Karl-Alons sei gefragt und bedankt. Rechte vom Philadelphia zurück, dann ist alles vergeben.

Die Vernehmungen im Zemeauschus.

Der Zeuge v. Zengen.

Widersprechende Aussagen.

Der Zemeauschus des preußischen Landtags fand am Freitag in öffentlicher Sitzung die Zeugenvernehmung fort. Zunächst teilte der Vorstehende mit, daß der als Zeug vorgesehene Göbel in dem Reichsbannerprozeß in Schwerin (Mecklenburg) Zeuge und dort zunächst unabschließend sei.

Dann wird Herr v. Zengen als Zeuge über die 5000-Mark-Affäre vernommen. Über seine Verdächtigung wird der Ausschuß später befreien. Er befandt: Ich habe aus dem Dispositionslande ein Darlehen von 5000 Mark zinslos an die Verpflegungsstelle gegeben. Herr Masette gegeben. Das war am 13. Juni. Outtier hat Behrens von der Zentralstelle. Irgendwelche Verbindung mit den Gemeindern sollte dieses Darlehen nicht haben und hat es auch nicht gehabt. Masette bat mich nur um ein Darlehen für die Verpflegungsstelle, als wir einmal darüber sprachen, daß ich die Führungsnahme mit den christlichen Gewerkschaften wieder aufnehmen wollte. Der Geschäftsführer der Arbeitgeber, Dr. Tandler, war gründlich mit dem Darlehen an die Verpflegungsstelle einverstanden, vorbehaltlich der Genehmigung der Zemeauschus. Diese Genehmigung ist in der Eile nicht eingeholt worden. Die Zuwendung ist in dem Bier- und Weinrestaurant Stettin war am 9. Juni. Dort wurde über die Arbeitsgemeinschaft und über sozialpolitische Fragen gesprochen. Das Darlehen wurde an Verhandlung statt mit seinem Wort erwähnt. Masette sagte mir nur leise: „Die Sache ist! Ich muß den Bechel einlösen.“ Ich verlangte die Bürge für das Abg. Behrens, den ich seit mehr als zwanzig Jahren in meinem Hause sehe.

Vorl.: Die Quittung lautete aber auf den Zentralverband der Landarbeiter?

Zeuge: Die Formulierung war mir gleichgültig. Mir kam es auf die persönliche Bürgschaft des Behrens an, die mir die allerhöchste ideelle und materielle Sicherheit für ein Darlehen bot. Als mir die Bürgschaft des Behrens von Masette zugesichert worden war, versprach ich, das Darlehensgeschäft zu beschleunigen. Beim Herausgehen fragte mich Meyer: „Wird das Darlehen gegeben?“ Ich sagte: „Es ist alles in Ordnung.“ Das meinte ich natürlich in dem Gedanken an das Darlehen für Masette. Meier war Anfang Mai bei mir und bat mich, in Gegenwart des Herrn v. d. Linde, um Unterstützung für Schulz, den er als einen politisch Verfolgten bezeichnete. Ich persönlich kannte und kenne Schulz nicht. Meier fragte mich, ob ich nicht als nationaler Mann für Schulz etwas tun könne. Ich erklärte strikt, daß die Arbeitgebervereinigung nicht sein Geld geben würde.

Vorl.: Der Abg. Meier hat aber befunden, daß Sie mit Ihrer Mitteilung bei der Unterhaltung im Restaurant „Die Sache ist erledigt“ die Unterstützung für Schulz seiner Ansicht nach gemeint haben.

Zeuge: Was Herr Meier dachte, kann ich nicht wissen. — Meier erklärte der Zeuge, daß er nicht, wie der Abg. Meier behauptet, im Restaurant gesagt hätte: „Die Quittung ist schon unterschrieben“. Die Quittung sei erst am 13. unterschrieben worden, und die Besprachung im Restaurant habe am 9. Juni stattgefunden, wie sich aus der Kellnerrechnung für die Arbeitgebervertreter feststellen lasse, die sich in den Büchern der Arbeitgebervereinigung befindet. Der Zemeauschus ist der Arbeitgeber sei auf seinen, des Zeugen v. Zengen, Antrag eingetragen worden. Als man mir im Untersuchungsausschuß sagte, so erklärte v. Zengen, daß ich meine Kompetenzen mit der Vergabe des Darlehens ohne vorherige Zustimmung des Herrn v. Vorl. überschritten hätte, habe ich selbst meinen Abgang eingereicht. Wir haben und dann in gütlichem Einvernehmen getrennt.

Abg. Kuttner (Soz.): War es Ihnen nicht auffällig, daß ein Gewerkschaftssekretär bei Ihnen um ein Darlehen vorschreibt?

Zeuge v. Zengen (erregt): Darüber verweigere ich die Auskunft, und ich bitte um Entschuldigung, ob diese Frage mit den Gemeindern noch zusammenhangt.

Abg. Kuttner (Soz.): Wahrscheinlich war es Herr Erdmann, der sich allerdings zur Sozialdemokratie zählte, aber nur

in die Partei gegangen war, um mit Arbeitgebergeldern in der Partei vorzupieren zu wirken.

Abg. Schön (Wirtsh. Bvg.): beanstandet die Frage des Abgeordneten Kuttner. Die Beanstandung wird jedoch nach einer Geschäftsordnungsdebatte mit zehn gegen fünf Stimmen abgelehnt.

Zeuge v. Zengen: Es war bei mir, um Geld zum Zwecke für die Herausgabe sozialistischer Literatur, wie z. B. der Schrift des Herrn Fritz Ebert, zu erbeiten, der Sozialist Erdmann.

Abg. Kuttner (Soz.): kommt dann auf die Befundung des Herrn v. Vorl. auf dem Polizeipräsidium zu sprechen, in der Vorl. sagte wahrscheinlich habe Zengen das Darlehen gegeben, damit die Landarbeiterverbände sich nicht mehr beschweren könnten. Zengen selbst habe vor dem Polizeipräsidium befunden, er habe das Geld an die Landarbeiter gegeben, um sich dem Centralverband zu verpflichten.

Abg. Kuttner (Soz.): Auch einige ihrer Kollegen haben ausgesagt, daß das Geld wäre für Schulz gewesen. Wie kommt das?

Zeuge v. Zengen: Ich habe nie gelegt, daß ich gewußt hätte, das Göbel solle für Schulz sein. Darüber könnte auch der mir seit zehn Jahren befreundete Herr v. d. Linde Auskunft geben.

Abg. Kuttner (Soz.): Herr v. d. Linde hat aber gerade erklärt, daß er ihm im Oktober gesagt hätten, daß das Geld angeblich für Personen verwendet worden sei, die in Februar beverdient sind.

Zeuge v. Zengen: Ich habe da wahrscheinlich nur die Presseangriffe gelesen.

Abg. Kuttner (Soz.): Im Oktober sind Presseangriffe in so präziser Form noch gar nicht vorgekommen.

Die Propaganda-Abteilung der Arbeitgeber.

Abg. Dr. Scherling (Benz.) kommt auf die Propaganda-Abteilung der Arbeitgebervereinigung zu sprechen und fragt, ob diese Abteilung Sabotage gehabt habe.

Zeuge v. Zengen: Die Propagandaabteilung war genau so eine Abteilung der Vereinigung wie z. B. die Tarifabteilung. Sie hat keine befundenen Sabotagen gehabt, vielmehr hätte sie die Aufgabe, sich mit den Arbeitern und Angestelltenorganisationen, mit der Presse, mit der allgemeinen Aufklärung und mit Wohlfahrtsfragen zu beschäftigen. Dabei waren ihre großen Richtlinien die, die Volksgemeinschaft und Arbeitergemeinschaft herzustellen. Politische Aufgaben hatte die Propagandaabteilung nicht. Aus dem Fonds der Propagandaabteilung wurden zinslose Darlehen gegeben.

Abg. Dr. Scherling (Benz.): Ich erinnere an das 5000-Mark-Darlehen, das doch 1925 eine ziemlich große Summe war, so daß man weiß es zinslos gegeben wurde, direkt von einem Geschäftssprechen kann.

Zeuge v. Zengen: Wir durften ja keine Darlehensgeschäfte machen und konnten daher keinem finanziell nehmen.

Abg. Dr. Bödt (Soz.): hält dem Zeugen die Auslage des Dr. Tandler vor, daß er von einem früheren Verlangen der Abg. Meier, Schulz zu unterstützen, abweichen möchte. Dr. Tandler gegenüber nichts erwähnt habe. — Der Zeuge erwidert, er habe die Angelegenheit Meier und Masette nie in Zusammenhang gebracht, sonst hätte er auch kein Geld gegeben. Als weiterer Fragen beantwortet werden, legt Abg. Scherling Verwahrung dagegen ein, daß immer wieder auf eine Verengung der Untersuchung hingearbeitet werde.

Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte erklärte der Zeuge, Einzelzahlen habe er nicht im Kopf, Gelder, die Herrn Erdmann abgeschlossen seien, hätten jedenfalls mit Gemeindern nichts zu tun. Die Beiträge, die an das Bureau Angel geliefert werden, könne er nicht ohne weiteres angeben. Das Konto für nationale Aufklärung habe er bisher übergehen nicht gekannt.

Die Frage des Abg. Bödt, ob Herr v. d. Linde ihm Aufklärung gegeben habe, bevor er Herrn v. Vorl. aus Gewissenssorgen um eine Interredung gebeten habe, verneint der Zeuge.

Abg. Deeburg (Deutsch.): fragt den Zeugen, ob bei der Befreiung im Mai Herr Meier sich dahin gewußt habe, daß er Schulz nicht für schuldig halte. Der Zeuge erwidert bejaht.

Die französischen Beamten im Berliner Polizeipräsidium.

Die französischen Beamten im Berliner Polizeipräsidium.

Der unter Verdacht der Francsälschung verhaftete Techniker Arthur Schulte wurde gestern auf dem Berliner Polizeipräsidium von Kriminalkommissar v. Liebermann in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Struckmann einem eingehenden Verhör unterzogen. Der Verhaftete bleibt dabei, seit 1924 nicht mehr in Budapester gewesen zu sein und will sich auch an den Francsälschungen nicht beteiligt haben. Nach der Vernehmung wurde Schulte unter strenger Bewachung nach dem Moabit Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Entgegen anderslautenden Meldungen kann Schulte — falls ihm eine strafbare Handlungswweise nachgewiesen wird — als Reichsdeutscher nach den gesetzlichen Bestimmungen an Frankreich nicht ausgeliefert werden, vielmehr muß dann der Täter vor einem deutschen Gericht abgeurteilt werden.

Präsident Dr. Friedensburg empfing heute vormittag den aus Frankreich in dieser Angelegenheit hier eingetroffenen französischen Kriminalkommissar Député Doucet, der den Inspecteur Raymond Grandière von der Banque de France begleitete. Die beiden französischen Beamten haben die Aufgabe, sich von den Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei Kenntnis geben zu lassen. Dr. Friedensburg befreudet mit den beiden Franzosen in aller Kürze den Stand der bisherigen Feststellungen. Es wurde dabei betont, daß der Besuch der französischen Beamten sich darauf befrüchten soll, sich lediglich über die technischen Einzelheiten zu unterrichten, insbesondere über die Art und Weise, wie die ungarischen Täter die Mittel des Reichsdeutschen für sich zu gewinnen verucht haben. Hierauf begaben sich die Beamten nach dem Untersuchungsgefängnis, um mit dem vernehmenden Richter Rücksprache zu nehmen.

Sozialdebatte im Reichstag.

Stegerwald über die Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstag erledigte gestern den Justizat. In der Einzelberatung wandte sich der Abg. Dr. Levi (Soz.) noch einmal schärf gegen die Judifizierung des Reichsgerichts in Landesvertragsprozeß. Die Neuerungen des Reichsjustizministers Marx über den Fall Wardt erklärte der Redner als sehr befriedigend. Der Titel „Reichsgericht“ und der Rest des Staats wurden lächelnd angenommen.

Dann wandte sich das Haus dem Titel des Reichsarbeitersministeriums zu. Der Sozialdemokrat Kasten warf dem Minister seine Schwäche gegenüber den Arbeitgebervereinigungen vor und befürwortete die Bildung eines Abbaus der sozialen Fürsorge. Dann hielt der frühere preußische Ministerpräsident Stegerwald (Zent.) eine be мерkenwerte Rede, in der er sich vor allem für den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge einsetzte. Es wird Recht darauf hin, daß für Offiziere und Beamten pensionen erheblich mehr ausgegeben werde, als für das große Herz der Erwerbslosen. Die Staatsberatung wurde dann abgebrochen, um noch eine Novelle zum Sozialsteuergesetz zu erledigen, die gleichfalls sozialen Zwecken dient. In der heutigen Sitzung steht vor der Staatsberatung noch das deutsch-französische Handelsabkommen auf der Tagesordnung.

* Vor dem Landgericht I war zu heute Termin im Prozeß der Landeskulturbank gegen das preußische Wohlfahrtsministerium angelegt. Auf Ertragen des Vertreters des Wohlfahrtsministeriums vertrat die Bank die weitere Verhandlung auf den 12. März.

Biochemie vor Gericht.

Ein Prozeß wegen fahrlässiger Tötung.

Der Kampf zwischen den ärztlichen Methoden bildete den Gegenstand eines Prozesses wegen fahrlässiger Tötung. Ein vierjähriges Kind war an eitriger Mittelohrentzündung erkrankt, lag in der Charité, sollte operiert werden. Der Vater hörte von der Biochemischen Gesellschaft, die allein in Berlin 60 000 Mitglieder zählt. Nahm das Kind, trocken die Arztheit in der Charité davon abreisen, aus dem Krankenhaus heraus und gab es einem biochemischen Berater, einem einfachen Handwerker, zur Behandlung, der dem Kind die von der Biochemie für diese Fälle empfohlene Mittel gab. Drei Tage später lag er noch in einem Arzt hinzug, der nach gleicher Methode behandelt. Auf eigene Faust versuchte es nun seinerseits der Vater (Elektrotechniker) mit Bestrahungen durch einen selbst erbauten Apparat. An demselben Abend stiegerte sich das Fieber, der Vater brachte das Kind in die Charité zurück, wo man eine Gehirnhautentzündung feststellte. Man operierte das Kind, worauf es starb. Angeklagt wurde der Handwerker Schlie, der das Kind behandelt hatte. Zwischen jenen Aussagen und denen des Vaters klappten große Widerstände darüber, wer zur Fortnahme des Kindes aus der Charité gedrängt hatte.

Berlin-London-New-York.

Weitere Verbesserung des Kabelverkehrs.

Die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, die vor zwei Jahren für den deutschen Kabelverkehr mit Südamerika, Afrika und den Mittelmeirländern eine unmittelbare Kabelverbindung mit der Londoner Station der Eastern Telegraph Company herstellte, hat seit kurzem zwei weitere Kabelverbindungen nach London in Betrieb genommen, die nach den Stationen der Commercial Cable Company und Western Union Telegraph Company führen und für die Förderung der Kabeltelegramme nach Nordamerika und darüber hinaus bestimmt sind. Durch die Schaffung dieser Kabelverbindungen wird nunmehr auch für den deutsch-nordamerikanischen Kabelverkehr der Umweg über fremde Staatstelegraphenämter vermieden; die Telegramme werden von Enden aus unmittelbar den Stationen der beiden amerikanischen Gesellschaften zugeschickt und auf den Kabeln dieser Gesellschaften nach New-York weitergeleitet.

Dem Telegrammverkehr zwischen Deutschland und Amerika dienen außer den vorwähnten Kabelwegen die Funkverbindungen der Transradio A.G.

Das Hochwasser im Saargebiet.

Mehrere Dörfer von der Flut eingeschlossen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Saarbrücken, 19. Februar.

Das Hochwasserunglück hat besonders schlimm die Ortschaften des unteren Saartals in den Kreisen Saarlouis und Merzig heimgesucht. Mehrere Dörfer sind ringsum vom Wasser eingeschlossen, und der Verkehr auf den Zufahrtsstraßen muß teilweise mit Räumen durchgeführt werden. An einigen, glücklicherweise nur wenigen Stellen steht die Flut bis zur Höhe des ersten Stockwerks, so daß die Bewohner der Erdgeschosse schwimmend flüchten mußten, ohne viel von ihrer Habe in Sicherheit bringen zu können. Der überwiegend schnelle Einbruch der Flutwelle, noch ehe der Warningsdienst eingestellt hatte, machte die Lage für die Orte in der Niederung sehr bedrohlich. In den Städten ist viel Vieh ertrunken. Kilometerweite sind Wiesen und Ackerland überschwemmt. Geroll und Triebsand haben die Saatfluren vernichtet, nachdem die Schäden des letzten Hochwassers vom Dezember 1925 noch nicht überwunden sind. Das Wasser erreichte heute morgen am Saarbrücker Pegel 6,26 Meter und damit seinen höchsten Stand. Es hielt sich im Laufe des Vormittags auf dieser Höhe.

„Der Rhein, sein Werden und Wirken.“

Eine geplante Ausstellung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Z Koblenz, 19. Februar.

Für das Jahr 1927 ist hier eine große Ausstellung geplant: „Der Rhein, sein Werden und Wirken“. Die Ausstellung wird das gesamte Rheinstromgebiet in seinem ganzen Lauf und mit all seinen Nebenläufen umfassen. Am 26. Februar findet in Koblenz eine Versprechung zwischen den Reichs- und Staatsministerien, den staatlichen, provinziellen und städtischen Behörden sowie Vertretern von Handel, Industrie und Wissenschaft statt, um die Möglichkeiten für die Ausstellung aufzustellen. Es soll eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Interessen zusammenzuschließen, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschließen geben.

Schweres Bauunglück in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

¶ Paris, 19. Februar.

Bei den Abbrucharbeiten der Pariser Kunstabausstellung ereignete sich heute nachmittag ein schwerer Unfall. Die Wand einer großen Galerie stürzte vorzeitig ein und begrub etwa zehn Arbeiter unter sich. Zwei von ihnen wurden sofort getötet, drei schwer verletzt.

Schlimmstes Schuldertor. Aus dem Charlottenburger Verbindungskanal wurde gestern an der Seestraßenbrücke in Plötzensee die Leiche eines älteren Mannes geborgen. Den Leichen des Toten fand man Ausweispapiere auf den Namen Peter a. D. Ernst Döring, 67 Jahre alt, Neuföhn, Warthestraße 10, wohnhaft. Aus hinterlassenen Briefen geht unzweifelhaft Selbstmord hervor.

Automobilunfall in Pankow. In der Schloßstraße in Pankow stieß in der vergangenen Nacht gegen zwei Uhr eine Kraftradfahrt mit einem Straßenkunstwagen der Linie 24 zusammen. Dabei zog sich der Chauffeur Albert Dimoldack aus der Schönhauser Straße 49 schwere innere Verletzungen aus. Die beiden Fahrgäste erlitten durch Glasscherben, Schnittwunden im Gesicht und an den Händen. Die Schuldfrage konnte noch nicht gestellt werden. – In der Berliner, Edi-Spreestraße in Charlottenburg stießen gestern abend zwei in voller Fahrt befindliche Taxanometer zusammen. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Ein Fahrgärt erlitt eine schwere Kopfverletzung.

Weiterausfahrt für morgen in Berlin und Umgegend. Weiternhin unbeständig mit Neigung zu Niederschlägen. Mild. (Deutsche Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten.)

„Achtung, wir geben Ihnen jetzt die genaue Zeit!“

Die Kunst des Zeitmessens.

Wie wir mit Zeit versorgt werden. – Der Stand der Chronometrie. – Die Entwicklung der deutschen Uhrentechnik.

„Achtung, wir geben Ihnen jetzt die genaue Zeit!“ Wie oft haben wir diese Worte schon vernommen, wenn wir morgens, mittags oder abends am Radioapparat sahen und der Stimme des Aethers lauschten. Wie brauchen uns heute die Worte Benjamin Franklin's „Remember that time is money?“ nicht erst in Erinnerung zu rufen, um die wirklich genau Zeitangaben zu lernen. Wo aber ist nun die Quelle der genauen Zeit? Diese Quelle ist in der Seewarte zu Hamburg. Die Großuhrfunkstation Rauen aber ist der Mund, der jeden Tag zweimal den ganzen Erdball wissen läßt, jetzt sei es „12 Uhr 57 – 58 – 59 Minuten Uhr.“ Und Rauen hat das Uhr der Welt: denn die Signale von Rauen sind überall offenbar die beliebtesten. Neben diesen deutschen Zeitzählern werden alljährlich noch ein französisches von Eiffelturm und ein englisches Signal von Big Ben aus in den Aether gegeben.

Die Rauenuhr ist Sternwartenzzeit, nämlich die Zeit, die auf der Seewarte in Hamburg festgestellt wird. Am wichtigsten aber für den Zeitdienst ist die Sternwarte in Bergedorf; diese hatte früher die Weitergabe der Zeit in Händen, hat sie später aber an die Seewarte in Hamburg übertragen. Das Bergedorfer Institut steht mit der Schwesterinrichtung in Hamburg in enger Verbindung. Man möchte sagen, beide Warten haben einen Pulsenschlag, dessen Ursache die äußerst sensiblen Präzisionspendeluhren sind, die sich in beiden Instituten in besonderen Uhrenkellern befinden, für den Bau dieses Raumes war die Bodenabteilung ganz besonderer Vorbereidungen notwendig. Die schweren Fundamente des Gebäudes wurden tief in geeigneten Baugruben eingelassen, um für den Keller eine möglichst konstante Temperatur und unbedingte Erhaltungsfähigkeit zu erzielen. Am sogenannten Meridianfernuhr des Institutes widmen sich die Gelehrten ausschließlich der Zeitbestimmung durch Erforschung der Erdumdrehung. Die Bewegung der Erde um ihre eigene Achse vollzieht sich in ewigem Gleichmaß. Ganz bestimmt behaupten es die Astronomen ja nicht, denn es könnte nach Berechnungen doch möglich sein, daß sich die Achsenwendung der Erde in den letzten 2500 Jahren immerhin um $\frac{1}{100}$ Sekunde verlangsamt. Das würde praktisch bedeuten, daß ein Sternzeit seit dieser Zeit $\frac{1}{100}$ Sekunde länger geworden wäre. Wenn eine Erdumdrehung beendet ist, dann ist ein Sternzeit vorbei. (Die Erde ist somit eine ganz zuverlässige Normaluhr.) Wir rechnen aber nicht nach Sternzeiten, sondern nach mittleren Sonnen-tagen, weil die längere sind und zwar 2,56 Minuten. Es muß also jedesmal eine Umrechnung von Sternzeit in Sonnenzeit erfolgen.

Wie geht die Zeitübermittlung vor sich? Die Funkstation Rauen ist durch ein direktes Kabel mit der Seewarte Hamburg verbunden. Nachmittags ums nachts um 12 Uhr 57 Minuten löst sich ein Mechanismus aus, und Rauen schlägt seine drahtlosen Zeichen um den ganzen Erdball. Die Zeitzählchen sind im Jahre 1912 auf den internationalen Zeitfunknotenpunkt im sogenannten Luso-System festgelegt worden. Auf dem Heilandsberg werden die Zeichen über Wellen 3100 und für Übersee wird auf Welle 12 000 Meter gesendet. Der Berliner Rundfunkdienst gibt nur mittags die Zeit von Rauen an. Jeder Uhr kann ja selbst mit den bescheidensten Hilfsmitteln die Ongosignale zur Uhrvergleichung benutzen.

Für Deutschlands Einheitszeit (zu Post- und Bahnhofswarte) wird die Umrechnung von Stern in Sonnenzeit von der Sternwarte Potsdam-Neubabelsberg besorgt. Die Weitergabe der Zeit geschieht im Postbetrieb folgendermaßen: **A. Morgen, 5 Minuten vor 8 Uhr** (im Sommer 5 Minuten vor 7 Uhr) werden sämtliche Drahtleitungen direkt mit Berlin in Verbindung stehenden Telegraphenämternstromlos gemacht und **Punkt 8 Uhr bis 8,01 Uhr** wird eine ganze Minute lang ununterbrochen Strom gegeben. So haben alle Post- und Telegraphenstationen Gelegenheit, ihre Zeit mit der Hauptuhr im Berliner Haupttelegraphenamt in der Brandenburger Straße zu vergleichen. Die Berliner Telefonanlagen erhalten ihre genaue Zeit auf dem Umweg über das Fernsprechamt Norden.

Auf eine ähnliche Art vollzieht sich die Versorgung mit Zeit bei der Reichsbahn. Die „Hauptausgabestelle“ (wenn ich so sagen darf) befindet sich bei der Dienststelle der Reichsbahn auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin. Jeden Morgen um 4 Uhr meldet sich dort in der Uhrenzentrale die ebenfalls durch eine besondere Leitung mit dem Bahnhof in Verbindung stehende Sternwarte Neubabelsberg und gibt das präzise Zeitzählchen. Daraufhin kann mit der zentralen Vergleichsuhr die Zeit der anderen Hauptuhren kontrolliert werden. Es sind zwei Arten von Haupt- oder Mutteruhren da. Die eine ist die M. E. B. Mutteruhr (Mittel-europäische Zeit-Uhr) und ist der Zeitmeister, der maßgebliche Zeit für alle Bahntimungen im Reiche abgibt. Dann sind zwei Mutteruhren da, sogenannte Halb-minuten-springwurkuhren, die für die Steuerung der Bahnuhren im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr bestimmt sind. Von diesen beiden Uhren ist immer nur eine im Betrieb, die andere steht mechanisch ein, wenn ihre Kollegin einmal versagen sollte. Jeden Morgen um 7 Uhr 58 Minuten löst sich automatisch bei der M. E. B. Uhr ein Uhrzeitwurf aus, und genaue Bahnutzeit geht durch den Telegraph an alle Eisenbahnstationen. Die Halb-minuten-springwurkuhr-Pendeluhr reguliert morgens zwischen 7 und $\frac{1}{2}$ Uhr die angehörenden Uhren, deren Zeigerwerke dauernd zentral gesteuert werden. Die Hauptuhren selbst werden alle Sekunden synchronisiert, das heißt, mit der astronomischen Pendeluhr auf Uebereinstimmung gebracht.

Dann bleibt noch die öffentliche Zeit, das ist die, die wir gratis von Zeitfächeln auf den Straßen und Plätzen ablesen dürfen. Bei diesen Uhren handelt es sich um Zeitmeister, die durch elektrischen Strom (der meist durch gepachtete Poststapel wird) aufgezogen und in regelmäßigen Abständen genau reguliert werden.

Wenn der Laie heute nun noch hört, daß man in der Kunst des Zeitmessens so weit ist, daß man mit Zeitmikrometern **Laufendstiel Bruchteile einer Sekunde messen kann**, dann wird ihm die Entfernung klar werden, die zwischen der Zeit liegt, wo man nach dem Schatten des eigenen Fußes die Zeit bestimmte und heute, wo jeder Büschmann sozusagen **seinen Weier im Topf** hat und jeder Europäer eine Präzisionsstahlenuhr besitzt. Für uns ist heute ein Chronometer eine genau so selbsterklärende Angelegenheit wie es über kurz oder lang ein Laufendstielapparat sein wird. Man kann an dieser Tatsache nicht bestreiten. Gerade Deutschland hat an der Aufwärtsentwicklung des Zeitmeßwesens großen Anteil, man kann sogar behaupten, daß Deutschland in der Zeitmeßkunst führend ist.

Erst kürzlich wieder ist in Berlin ein bemerkenswerter Schritt getan worden. Es wurde nämlich eine „Gesellschaft für Zeitkunde und Uhrentechnik“ gegründet. Diese unter dem Vorstand des Chefredakteurs Dr. A. Kames (Berlin) stehende Gesellschaft will „den Zusammenschluß von Fachkundigen und Interessenten an der Zeitkunde und Uhrentechnik zur Förderung, Bearbeitung und Förderung wissenschaftlicher, praktischer und künstlerischer Fragen dieses Gebietes“. Die durch diese Einrichtung festgestaltete Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie kann die Zukunft der Uhrentechnik nur von Vorteil sein.

Die Uhr ist seit je ein Objekt, deren Form modischen Schwankungen unterworfen ist. So wie es moderne Herren- und Damenuhren gibt, so gibt es auch moderne Uhrenformen. Förderung der heutigen Mode: Damenuhren – klein, kleiner, am Kleinsten; und Herrenuhren – groß, größer, am größten. O, es gibt sogar ganz kleine Uhren. Hat doch ein Schweizer eine Uhr entworfen, die man wohl getrost als die kleinste der Welt bezeichnen kann, denn sie ist kaum zu sehen. **Das Werk dieses Miniaturchronometers hat einen Durchmesser von 14 und 16 Millimetern (!); das Gewicht beträgt 0,35 Gramm;** die Spiralsfeder wiegt 0,0001 Gramm. Die Uhr ist aber wiegt 0,00175 Gramm und macht 18 152 Schwingungen in der Stunde. Nun darf man nicht meinen, daß man so winzige Uhren nur mit Hilfe neuzeitlicher Hilfsmittel herstellen kann. Nein, vor fast 400 Jahren hat man ähnlich auch schon gefunden. Hans Gründer hat damals eine kleine Uhr gebaut, die 24,8 Millimeter im Durchmesser maß. Das war 1540. Grüner war also sogar noch Zeitgenosse jenes Nürnberger Schlossers Peter Henlein, der der Erfinder der Taschenuhr gewesen ist. 100 Jahre später aber wurden schon Uhren hergestellt, deren Wert nur acht Millimeter im Durchmesser hatte. Ein solches Kunstwerk befindet sich beispielweise in der Sammlung Pierpont Morgan's.

Man kann nicht von der kleinsten Uhr sprechen, ohne gleichzeitig nicht an die größte zu denken. Doch da wird es schwierig (sowas ist die Welt angeht). Als größte Uhr der Welt wird zwar immer noch die große Uhr der Michaelskirche in Homburg angesehen; aber es gibt auch Leute, die das bestritten. Berlin's größte Uhr ist bekanntlich die große Turmuhr im Wernerwerk in der Siemensstadt.

Der Zeitangabe liegt in der Zuverlässigkeit, mit der die Zeitangabe nicht in der gleichzeitigen Erfüllung von Nebenaufgaben. Natürlich trägt das Handwerk auch dem besondern Luxusbedürfnis Rechnung. In Glashütte wurden zwei Luxusuhrhersteller, sowohl mit allen Edelmetallen (Kronen, Angabe, Chronograph, Selbstschlagwerk usw.), die **allein 130 Gramm Goldgewicht** hatten und dafür auch die Kleinfertigkeit von 12000 bis 15000 Mark kosteten. Ein Chronometerhalbierer stand im vergangenen Jahre auf der Ausstellung in Paris eine Armbanduhr, für die er den Betrag von 62 000 Francs anlegte. Daneben gibt es dann auf der ganzen Welt Uhren, die man nur als Ergebnis einer Spielerei ansiehen kann. Wenn einer z. B. sein ganzes Leben lang an einer Uhr arbeitet, die nur aus Strohalm und hergestellt ist, dann kann man praktischen oder handwerklichen Wert von dem Geschäft nicht mehr subtrahieren. Anders ist es schon mit den reinen astronomischen Uhren. Anders ist es schon mit den reinen astronomischen Uhren, von denen wir jetzt auch in Berlin eine besitzen. Der Berliner Uhrmacher Oswald Schmitz hat im Verlauf einer achtjährigen Tätigkeit eine astronomische Kunstuhr gebaut, die in ihrer Reichhaltigkeit zumindest der weltberühmten Uhr im Strasbourger Münster an die Seite gestellt werden kann. Auch der Uhrmacher Goetz in Glashütte hat ein ähnliches Kunstwerk fertiggestellt.

Noch einige Worte über das deutsche Uhrenwesen als solches. Das deutsche Uhrenwesen ist eine ausgesprochene Veredelungsindustrie. Sie beschäftigt rund 25 000 Arbeiter. Der handwerkliche Wert erhält am besten auf der Tafel, das heißt, die deutsche Uhrenindustrie zu zwei Dritteln für den Export arbeitet.

Otto Vetter.

Wieder ein Unfall im Ruhrbergbau.

Drei Bergleute tödlich verunglückt.

Hamborn, 19. Februar. (W. T. B.)

Durch Zubruchgehen des mittleren Teiles einer Strecke auf der Schachtkonsole 2–5 der Gewerkschaft Friederich Thyssen (Hamborn) verunglückten gestern abend drei Bergleute tödlich. Die Unfallstelle wurde sofort von der Direktion der Bergbehörde besichtigt, die Anordnungen zur Bergung der Verunglückten traf.

Feuer an Bord.

Die Stürme im Atlantischen Ozean.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

¶ Paris, 19. Februar.

Durch Sturm im Atlantischen Ozean hält immer noch an. In Brest wurde ein drahtloser Hilfsfunks der englischen Dampfers „Cornic“ aufgenommen, der 60 Meilen westlich vor der Insel Guernsey hilflos umhertrieb. Ein anderer Funfspruch teilt mit, daß auf dem niederländischen Dampfer „Nelton“, der mit einer Taborslabung nach Holland unterwegs ist, Feuer ausgebrochen ist. Der französische Dampfer „Jovive“ ist zur Hilfeleistung entsandt worden. In Cherbourg wurde ein Hilfspruch des englischen Dampfers „Novice“ aufgefangen, auf dem ebenfalls Feuer ausgebrochen ist. Ein Bugstempelpfeil aus Tordoh ist ihm zu Hilfe gezeigt.

Eine Samenhof-Straße in Dresden. Schon haben mehrere Städte eine Straße zum Andenken an den 1917 gestorbenen Schöpfer der Weltkriegssprache Esperanto, Dr. Samenhof, benannt. Jetzt haben auch Stadtrat und Stadtvorordnete von Dresden beschlossen, in der Vorstadt Leuben eine Straße Samenhof-Straße zu benennen.

40 Todesopfer bei dem amerikanischen Lawinenunglück. Nach Berichten aus Birmingham, im Staate Utah, dem Schauplatz des durchbaren Lawinenunglücks, beträgt, wie eine Meldung der Kunftstätte Rudolf Mosse-Haus besagt, die Zahl der Toten bis jetzt 40 Personen. 30 Personen sind aus den Schneemassen und den Ruinen lebend ausgegraben worden, weitere 40 Personen werden noch vermisst.

Feuer in einer Hamburger Kirche. In der vergangenen Nacht gegen zwei Uhr brach, wie aus Hamburg gemeldet wird, im Turm der Dankeskirche, in Hammer Stadtteil, Feuer aus, das von der Feuerwehr nach etwa dreistündiger Tätigkeit gelöscht werden konnte.

Praktische Steuer- und Aufwertungsfragen

Von Dr. Max Lion, Rechtsanwalt und Notar.

Wichtige Aufwertungsfragen.

1. Vermögensanlagen. Darunter ist „jede auf eine gewisse Dauer berechnete Verwendung von Vermögensstücken zum Zwecke der Kapitalerhaltung oder -nutzung zu verstehen“, RG. vom 26. Januar 1925, Juristische Wochenschrift, Seite 936; sowie vom 23. November 1925, Rechtsprechung in Aufwertungssachen Seite 60. „Dass daneben zugleich eine Gefälligkeit gegen den in Not befindlichen Bruder beabsichtigt sein möchte, steht nicht entgegen.“ (Siehe das letzterwähnte Urteil.) „Wenn Kläger auch den Willen gehabt haben mag, dem Beklagten zu helfen, so schliesst das nicht aus, dass er zugleich auch die Absicht verfolgt hat, sein Kapital nutzbringend anzulegen.“ (Oberlandesgericht Breslau vom 5. November 1925, Rechtsprechung in Aufw. Seite 26.) Die Umwandlung einer Forderung aus einem anderen Rechtsgrund in ein Darlehen ist für die Beurteilung nach dem Aufwertungsgesetz unerheblich; nicht auf die Darlehnsform kommt es an, sondern auf den wirtschaftlichen Zweck des Rechtsgeschäfts, z. B. Sicherung des Lebensunterhalts durch Darlehszinsen statt durch Ausstattungsgrenze (Oberlandesgericht München vom 22. Oktober 1925, ebenda Seite 43).

2. Entstehung der Restkaufgeldforderung. Die Kaufgeldforderung entsteht nicht schon mit der Offerte, sondern erst mit deren Annahme oder mit dem Abschluss des auf Grund einer vorangegangenen Option beurkundeten Vertrages. (Kammergericht vom 1. Oktober 1925, 9 AW. II. 493/25, aufw. 20/24.)

Die Kaufgeldforderung entsteht anderseits mit Abschluss des notariellen Vertrages, nicht etwa erst mit Eintragung der für die Forderung bestellten Hypothek (Kammergericht vom 29. Dezember 1925, 9 AW. II. 493/25, abweichend von Oberlandesgericht Karlsruhe; abgedruckt in der „Aufwertungskartotheke“).

Bei privatschriftlichen Verträgen (und also auch bei Schwarzverträgen mit unrichtiger Beurkundung des Kaufpreises) entsteht die Forderung erst mit der heilenden Eintragung (Kammergericht vom 17. Dezember 1925, 9 AW. III. 487/25, „Aufwertungskartotheke“).

3. Höhe der Aufwertung beim Restkaufgeld. Es ist unrichtig, bei einer Restkaufgeldforderung aus den Jahren 1909 bis 1911 den Satz von 75 pCt. oder aus den Jahren 1912 bis 1921 den Satz von 100 pCt. als Normalsatz anzusehen, oder den Normalsatz grundsätzlich mit 50 bis 60 pCt. anzunehmen. Beim städtischen Hausbesitz ist vielmehr der Rückgang des Wertes auf ein Drittel des Friedenswertes anzunehmen, so dass der Normalsatz der Aufwertung auf 33 1/3 zu anzusetzen ist. (Kammergericht vom 7. Januar 1926, 9 AW. 489/25, „Aufwertungskartotheke“.)

4. Vorsicht beim Erwerb einer Eigentümergrundschuld. Dass Eigentümergrundschulden, die seit dem 1. Januar 1925 eingetragen worden sind, sich auf den öffentlichen Glauben des Grundbuches nicht berufen können, ist bekannt. Allein man muss gegenüber einem durch § 22 Absatz 1 des Aufwertungsgesetzes ermöglichten Irrtum darauf hinweisen, dass auch schon vorher eingetragene Eigentümergrundschulden, die sich noch in der Hand des früheren

Eigentümers befinden, dem Aufwertungsgläubigern nachgehen, weil sie sich auf den öffentlichen Glauben des Grundbuchs überhaupt nicht berufen können; das ergibt sich aus der zutreffenden Auslegung des § 892 BGB., der in § 20 des Aufwertungsgesetzes angeführt ist. So richtig Quassowski, 2. Auflage, S. 228.

5. Vorsicht beim Erwerb von Goldmarkhypotheken. Bei der Hypothek entsteht das Recht des Hypothekengläubigers ausser durch Eintragung, Uebergabe des Briefes oder Vereinbarung der Aushändigung des Briefes an ihn durch das Gericht (§ 1117 BGB.) erst mit der Valutierung; vorher steht die Hypothek dem Eigentümer zu. Infolgedessen gehen Hypotheken, die erst nach dem 1. Juli 1925 valutiert worden sind, den Aufwertungsgläubigern nach, auch wenn sie schon vorher eingetragen sind oder der Eintragungsantrag vorher beim Grundbuchamt eingegangen war.

6. Wer trägt bei Inflationsverkäufen die Aufwertungslast? Kürzlich wurde hier ein Urteil des Oberlandesgerichts Stettin mitgeteilt (Praktische Steuer- und Aufwertungsfragen vom 18. Dezember 1925, Nr. 598), in dem bei Papiermarktverkäufen während der Inflationszeit die jetzt einbrechende Aufwertungslast dem Käufer auferlegt wurde. Im gleichen Sinne hat das Oberlandesgericht München entschieden. (Urteil vom 29. Oktober 1925, L 649/25, Rechtsprechung in Aufw. S. 49.) Ein Grundstückseigentümer hatte im April 1923 sein Grundstück mit der ausdrücklichen Verpflichtung zur Lösung der Hypotheken verkauft. Er hatte sie auch löschen lassen. Jetzt verlangen die Gläubiger Aufwertung in Höhe von 25 000 Goldmark. Der Papiermarktaufpreis beträgt ungerechnet 4400 Goldmark. Der Papiermarktaufpreis beträgt ungerechnet 4400 Goldmark. Der Käufer verlangte vom Verkäufer Beseitigung der Aufwertung; er ist mit seiner Klage abgewiesen worden, weil die Auslegung des Kaufvertrages nach Treu und Glauben eine solch unsinnige Auslegung verbietet.

Ein grundlegendes Urteil über Schwarzverkäufe.

Nachdem an dieser Stelle bereits eine Reihe von Urteilen der drei Berliner Landgerichte mitgeteilt ist, in denen die Rückforderungsklage des „Inflationsverschleuders“ abgewiesen worden ist, stellt uns Herr Landgerichtsdirektor Jürgenssen, Vorsitzender der 40. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin, dem die ersten bahnbrechenden Urteile zum Schutze des Käufers zu vordrucken sind, freundlicherweise ein neues Urteil zur Verfügung, das die sämtlichen grossen Rechtsfragen dieser Streitigkeiten nochmals ganz eingehend und in selbständiger Weise prüft und wiederum zum gleichen Ergebnis gelangt. Schon der Umfang des Urteils zeigt die Gründlichkeit, mit der das Gericht zuwege gegangen ist: es umfasst nicht weniger als 58 Schreibmaschinenseiten*).

* Das Urteil, in dem auch die früher hier mitgeteilten Urteile der gleichen Gerichte in weitem Umfange wörtlich enthalten sind, ist in völlig ungekürztem Text als Sonderdruck der Zeitgemässen Steuer- und Finanzfragen in Karl Heymanns Verlag, Berlin, erschienen und von dort für 80 Pfennig zu beziehen.

Es setzt sich zunächst noch einmal grundlegend mit der Frage auseinander, ob tatsächlich das preussische Bodenvergessetz so ausgelegt werden muss, dass trotz der vollzogenen Eintragung im Grundbuch der nicht beurkundete Kaufpreis nicht geheilt sei. Das Urteil verneint mit tiefgründigen Erwägungen, und zwar auch gegenüber dem Gesetz zur Aufhebung des Bodenvergessetzes, in dem ja gewöhnlich eine authentische Interpretation des viel berührten § 15, Absatz 2 des Sperrgesetzes erbliebt wird. Dies bekommt das Urteil mit interessanten Ausführungen. Es sagt u. a.: „Zunächst könnte die Wirkung, welche man ihm beigelegt, nur dann haben, wenn der preussische Gesetzgeber berichtig wäre, der Rechtsprechung die Anweisung zu geben, dass ein preussisches Gesetz in einer bestimmten Richtung auszulegen habe, auch wenn die Auslegung mit dem Inhalte des Gesetzes nicht in Einklang zu bringen ist. Dass dies unmöglich ist, ergibt sich daraus, dass die Tätigkeit der Gerichte durch das Reichsrecht geregelt und der Einwirkung der Landesgesetzgebung entzogen ist. Danach haben die Gerichte nach wie vor die Pflicht, das Bodenvergessetz vom 16. Februar 1920 so anzuwenden, wie sie es bei pflichtgemässer Ausführung der richterlichen Tätigkeit für richtig erachten. Aber auch wenn man in dem neuen preussischen Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken gar keine authentische Interpretation erblicken, sondern in ihm nur die Neuregelung eines Tatbestandes finden wollte, welcher bereits früher durch das Bodenvergessetz geregelt worden war, ist es unmöglich, zu einem anderen Ergebnisse zu gelangen. Denn man würde in diesem Falle das neue Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken dahin verstehen müssen, dass der § 15 des Bodenvergessetzes in einem Sinne aufrecht erhalten werden soll, wie er bisher von der Rechtsprechung ziemlich einstimmig verletzt worden ist; underner würde man auch dem § 15, Satz 2 des Bodenvergessetzes in diesem Falle diese Wirkungen nur für die Zeit nach dem 3. August 1920 zusprechen können, weil das Gesetz nach Artikel II erst von diesem Tage an in Kraft getreten ist. Und sich ebenfalls keine rückwirkende Kraft zugeschrieben hat. Das würde bedeuten, dass das neue Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken nur die seit dem 3. August 1920 erfolgten Auflassungen auf Grund älterer ungültiger obligatorischer Veräußerungsgeschäfte von der Genehmigung der Gemeindebehörde abhängt macht, nicht aber die Auflassungen, welche vor seinem Inkrafttreten stattgefunden hatten. Für den Fall, dass sich das neue preussische Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken tatsächlich „rückwirkende“ Kraft belegt und damit die Auslegung, welche dem § 15, Satz 2 des Bodenvergessetzes bisher überwiegend durch die Rechtsprechung gegeben worden ist, auch für die Rechtsgeschäfte, die vor seinem Inkrafttreten abgeschlossen worden sind, zum Gesetze erheben hat, so würde man feststellen müssen, dass das Gesetz dann die Schranken überschreitet, welche ihm durch den Artikel 119 des Bürgerlichen Gesetzbuches gezogen worden sind.“

Weiterhin untersucht das Urteil nochmals eingehend die Frage, ob überhaupt nach den Bestimmungen der untergerechtfertigte Bereicherung eine Rückgabe des Grundstücks verlangt werden kann. Auch dies wird verneint. Und endlich wird dem Verkäufer in erneuter Ausführungen die Einrede der Aarglist entgegengehalten sowie aus öffentlich-rechtlichen Gründen eine Mitwirkung des Gerichts zur Durchsetzung von Ansprüchen abgelehnt, die nur mit eigenem gesetzwidrigen Tun des Käplers begründet werden können. (Urteil vom 20. Januar 1926, 76, O. 517/25.)

Rachtrug zur Morgen-Ausgabe. Neuregelung der Erwerbslosen- fürsorge.

Der gemeinsame Antrag der Regierungsparteien, auf dem sie sich gestern noch mehrheitlich bewunderten und nach wiederholten Besprechungen mit Dr. Luther, Dr. Reinhold, Dr. Brauns und Dr. Curtius geeinigt haben, besagt folgendes: Die Unterstellungsfrage werden in den Kreis-Häusern A, B, C mit sofortiger Wirkung erhoben: 1. für alle lebensbedrohliche Jugendliche unter 21 Jahren um 20 Prozent, 2. für Jugendliche über 21 Jahre um 16 Prozent, 3. für alle übrigen Haushaltunterstützungs-empfänger, sofern sie bereits 8 Wochen nacheinander unterstellt sind, ebenfalls um 10 Prozent.

* New-York, 18. Februar. (Fest-Funkspruch) Berlin 23.60
D 23.62 Vorlage: 23.80-23.82, Kuff. e. Santos Nr. 4 loko 231/18 C231/18, Rio Nr. 7 loko 191/18 (191/18), Tendenz fest, per März 18.67 (18.20), per Mai 18.35 (18.20), per Juni 17.70 (17.20), per Juli 17.45 (17.00), per Dezember 17.15 (17.05), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (17.00), per Januar 17.00 (17.00), per Februar 17.00 (17.00), per März 17.00 (17.00), per April 17.00 (17.00), per Mai 17.00 (17.00), per Juni 17.00 (17.00), per Juli 17.00 (17.00), per August 17.00 (17.00), per September 17.00 (17.00), per Oktober 17.00 (17.00), per November 17.00 (17.00), per Dezember 17.00 (

Zur Tagung des genossenschaftlichen Giroverbandes.

* Der Stand des städtischen Kreditgenossenschaftswesens.

Bankverschuldung und Illiquidität, aber wenig Sanierungsbedürfnis.

Von

Julius Jackole.

Ein Blick auf den gegenwärtigen Stand des städtischen Kreditgenossenschaftswesens lässt erkennen, dass einer der Grundätze Schulze-Delitzschs heute nicht mehr zu Recht besteht. Ahdlang, ja durch viele Jahrzehnte hindurch, hat dieser Grundatz die Entwicklung seiner Kreditgenossenschaften beherrscht; die Entwicklung der letzten Zeit aber hat ihm an die Wand gebracht. Als Schulze-Delitzsch den Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung entwickelte und genossenschaftliche Institute zur Pflege des Kredites kleinbürgerlicher Kreise gründete, wanderte er sich an alle Kreise, Klassen, Stände und Schichten in Stadt und Land. Damit zweckte er nicht nur einen allgemeinen Risikoausgleich, sondern auch einen Ausgleich von Geldbedarf und Geldvorrat. Wie richtig diese Grundsätze waren, beweist die Tatsache, dass die nach ihm genannten Kreditgenossenschaften völligem Verzicht auf jegliche staatliche Beihilfe zu schönster Blüte gelangten.

Aber die jüngste Entwicklung hat das Aufgeben dieser Gedanken wortwendig gemacht. Von einem Geldausgleich örtlicher, zeitlicher und periodischer Art kann heute nicht mehr gesprochen werden, da an allen Orten, zu allen Jahreszeiten und in fast allen gewerblichen Bereichen so ausserordentliche Geldknappheit herrscht, dass die abgesehen von vereinzelten Spargeldansammlungen — keine grüsseren Guthaben gesprochen werden kann. Da die schwierige wirtschaftliche Entwicklung nicht nur die Einkommensbildung in der Form des Gewinns bzw. der Rücklage bei den Kreditgenossenschaften sehr gehemmt hat, sondern auch die Einzahlungen auf die Geschäftsanleile stehen heute weitgehend unter der Geschäftsanleihe gebunden haben, so ist die Geldknappheit ihren Höhepunkt erreicht hat, findet so gut wie keine Kapitalbildung mehr bei den Genossenschaftsbanken statt — im Gegensatz z. B. zu den Grossbanken. Die Genossenschaftsbanken, die 1925 ihre Liquidität erhalten und gleichzeitig noch ihre Unkosten verdienen konnten, müssen schon als gut geleitet bezeichnet werden. Das sind nicht allzu wenige, da die Leistungen zu einem erheblichen Teile über jahrelange Erfahrungen verfügen. Die bei den Genossenschaften eingegangenen und eingehenden Kreditgesuche sind so ausserordentlich gross, dass auch grössere Eigenmittel nicht zur vollen Befriedigung ausreichten hätten, als sie die Genossenschaften tatsächlich haben. So muss als bedauerliches Kennzeichen der gegenwärtigen Lage eine weitere zunehmende Bankverschuldung festgestellt werden. Die Kreditgenossenschaften — leider sind es nicht allzu viele — die sich durch verstärkte Bildung von Eigenkapital und Heranziehung von Einlagenfeldern von der Bankenverschuldung ganz frei machen konnten, befinden sich mit Ausblick auf die ihnen verbleibende grössere Zinsspanne, rechtlich so, dass die Entwicklung ungefähr parallel mit den anderen Aktienbanken. Bei ländlicher Kundeschafft fehlt aber dieser Zustrom im allgemeinen. Dazu kommt, dass der Wettbewerb erheblich an Schärfe gewonnen hat. Dies erkläre sich daran, dass auch die Sparkassen und Kommunalbanken wieder von vorn anfangen mussten und dass diese Institute heute in ganz anderem Ausmass als früher, wo sie hauptsächlich den Kreditmarkt pflegten, Personalkredite geben und trotz verschiedener Nachkenschläge im ganzen ihrer Position verbesserten, häufig auf Kosten der Kreditgenossenschaften. Die Signatur der heutigen Wirtschaft ist die Illiquidität. Die allgemeine Versteifung der Mittel hat auch vor dem Kreditgenossenschaftswesen nicht gehalten. Im Gegenteil. Dort, wo die einzelnen Kreditgenossenschaftsleiter glaubten, dass sie den Kreditaufnahmen aller Mitglieder Rechnung tragen müssten und womöglich noch, in Verkenntung einer vorübergehenden Flüssigkeit glaubten, dazu ohne allzu grosse Schwierigkeiten in der Lage zu sein, sind die Außenstände vergrössert worden. Alles in allem genommen kann man wohl sagen, dass im deutschen Genossenschaftswesen noch niemals zuvor eine so grosse Illiquidität zu erwarten war wie gegenwärtig. Aber gilt das, gerechtfertigt nicht für die ganze gegenwärtige Wirtschaft? Mitunter ist die absehbare Illiquidität auch verursacht worden, durch den Verlust der Unkosten oder benötigtes Eigenkapital zu verhindern. Dabei darf nicht überschritten werden, dass dort, wo bilanziell eine befriedigende Liquidität zu errechnen ist, tatsächlich Illiquidität vorhanden sein kann, insomfern sich unter den Wechselbeständen Material befindet, das „eingefroren“ ist und immer wieder pralliert werden muss.

Auch das Kreditgenossenschaftswesen ist nicht von Nackenschlägen verschont geblieben; es gilt dies auch für die sogenannten „Zentralkassen“, die in der Auswahl der befriedigten Kredite nicht in allen Fällen eine glückliche Hand gehabt haben, was zum Teil auf die oben angegebene Gesichtspunkte zurückzuführen ist. (Diesen Zentralkassen haften überhaupt einige Mängel konstruktiver Art an, die in der nachinflationistischen Zeit mehr und mehr in den Vordergrund treten.) Die Zahl der Sanierungen, Geschäftsaufstehen und Konkurse ist aber im städtischen Kreditgenossenschaftswesen verschwindend klein. Schon deshalb, weil die hinter den einzelnen Genossenschaften stehenden Zentralinstanzen — zwar ohne jede Rechtsverpflichtung, aber in einem solidarischen Genossenschaftsgeist — zur Stützung bereit sind, wo die wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Geschäftsführung bei der Genossenschaft dies rechtfertigen. Schliesslich kommt ja auch die spezielle Form der Genossenschaft, die in der Übernahme einer Haftungsverpflichtung von mindestens dem nämlichen Umfang des übernommenen Geschäftsbetrags ihren Ausdruck findet, in schwierigen Zeiten besonders zur Geltung und erlaubt eine Sanierung, wo anderswo vielleicht schon schärfere Massnahmen notwendig

wären. Um so mehr ist es daher zu bedauern, dass neuerdings bei einigen vorgenommenen Sanierungen gegen die gesunden Grundsätze wirtschaftlicher Vernunft verstossen wird und eigenes Kapital vorgetäuscht wird, wo gar keines vorhanden ist. Dies geschieht in der Weise, dass man die Generalversammlung eine erhebliche Erhöhung des Geschäftsanteils (und damit zwangsläufig auch der Haftsumme) beschliessen lässt. Die notwendigen Einzahlungen auf diese Geschäftsanteile werden nun bis auf weiteres ersetzt, indem man die Genossen für die Beträge belastet. Es erscheint dann auf der Passivseite ein erhebliches, aber nicht eingezahltes Eigenkapital, eine Verschleierung des tatsächlichen Vorrangs, der dadurch, dass man unter den Aktiven die fehlenden Einzahlungen als gewährte „Darlehen“ fingiert, zwar korrigiert wird, aber nicht gebilligt werden kann. Solche „Papiersanierungen“ sind nicht neu; doch erscheint es dringend notwendig, dass die Genossenschaftsverbände solchen wieder ausgegraben „Sanierungen“-Methoden gegenüber einschreiten, damit nicht durch eine Überhandnahme das ganze Genossenschaftswesen diskreditiert wird.

* Tagung des genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdner Bank. — Vor einer Ermässigung des Lombardsatzes der Reichsbank? — Nach der Begrüssung der in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses versammelten Vertreter der Genossenschaften im Giroverbande der Dresdner Bank durch Direktor Wilhelm Kleemann sprach der Vizepräsident der Reichsbank, Geheimrat Kaufmann über die Lage des Geldmarktes und die Kreditpolitik der Reichsbank. Mangels geeigneten Wechselmaterials sei die Beanspruchung des Kreditkontingentes trotz der im Dezember erfolgten Lockerung der Kontingentsbestimmungen auf zwei Drittel heruntergegangen, ein Zeichen für das Stilllegen der Wirtschaft infolge der Krise. Eine weitere Diskontermässigung müsste zunächst noch zurückgestellt werden, weil der Zinsanreiz für das Ausland, Kapital in Deutschland zu investieren, nicht wegfallen dürfe. Außerdem sei es jetzt noch nicht möglich, ein Bild über die Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage zu gewinnen, vielmehr müssten die nächsten 4 bis 8 Wochen darüber hingehen, um dann evtl. eine Änderung des Diskontes vorzunehmen. Hingegen erwäge man die Ermässigung der Zinsspanne zwischen Lombard und Diskont von 2 auf das ursprüngliche Ausmass von 1 p.C. Diese Bestrebungen stehen im Zusammenhang mit der veränderten Börsenlage insbesondere auf dem Markt der als Lombardunterlagen häufig verwendeten Goldpfandbriefe, deren Verzinsung, nach ihrem Börsenkurs ungewiss, zu Jahresanfang 10—11 p.C. betrug, jetzt aber nur 8,7 bis 9 p.C. ausmacht. Eine entsprechende Angleichung des Lombardsatzes sei daher vielleicht empfehlenswert.

Im Verlauf der Tagung befürworteten mehrere Redner, so z. B. auch Dr. Hoppe vom Reichswirtschaftsministerium, den Abbau der öffentlichen Selbstversorgungsfähigkeit, mit der so viele schlechte Erfahrungen gemacht werden seien. In diesem Zusammenhang wurde die Einstellung des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhard zitiert, der regierungseitig die Unzuverlässigkeit der Verwendung fiskalischer Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationssumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsminister a. D. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenmassen die Annahme der Reparationsumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kauffähigkeit und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitschaft ist, wie die Zollpolitik der Hauptgläubiger der Welt bestätigt, weniger, wenn nicht gar nicht vorhanden. Ein Abbau der Zollschränke und die Ueberschüsse zu privaten Krediten gezeigte habe. — In einzelnen führenden Banken, Barmann, Leiter der Genossenschaftsbüro der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres alle von der Dresdner Bank etwa 70 Millionen R.M. in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehrt sich von Tag zu Tag. Alsdann sprach Reichsmin

